

Italiens überraschendes Problem mit den EU-Milliarden

Stand: 22.11.2021 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Virginia Kirst



Bald keine EU-Fördergelder mehr? Das könnte bald Realität auf Sardinien und in anderen süditalienischen Regionen sein

Quelle: mauritius images / David Kilpatrick / Alamy

Kein Land erhält so viel Geld aus dem Corona-Fonds wie Italien. Doch die Verwaltung in kleinen Städten im Süden ist nicht in der Lage, die Projekte zu beantragen. Damit das Geld nicht nach Brüssel zurückgeht, macht Regierungschef Mario Draghi eine ungewöhnliche Ankündigung.

Der Corona-Wiederaufbaufonds Next Generation EU wird in Italien als riesige Chance wahrgenommen: Mit 209 Milliarden Euro (</politik/ausland/plus231373435/Ein-Jahr-Corona-Wiederaufbaufonds-der-EU-Wie-weit-ist-Italien.html>) erhält das Land die absolut höchste Summe aller EU-Staaten. Mit dieser Mischung aus Krediten und Zuschüssen will sich Italien nicht nur aus der Corona-bedingten Krise befreien, sondern seine Wirtschaft fit für die Zukunft machen.

Zentral ist daher, jene Probleme anzugehen, die die wirtschaftliche Entwicklung seit Jahrzehnten hemmen: die marode Infrastruktur etwa oder das langsame Justizsystem. Allen voran muss Italien aber die erdrückend große Ungleichheit zwischen seinem Süden und dem Norden in Angriff nehmen, die es seit jeher belastet. Die EU-Gelder – so sehen es viele – sind die letzte Möglichkeit, um zu verhindern, dass der Süden endgültig vom Norden abgehängt wird.

Entsprechend sind über 80 Milliarden Euro des Fonds für Investitionen in den sogenannten Mezzogiorno vorgesehen. Also für die Regionen Abruzzen, Basilikata, Kalabrien, Kampanien, Molise, Apulien, Sizilien und Sardinien: 40 Prozent der Gelder sollen damit in die Regionen gehen, in denen nur rund ein Drittel der Bevölkerung lebt.

Doch nun schlagen die Bürgermeister des Mezzogiorno Alarm, wie die italienische Tageszeitung „La Repubblica“ schreibt:

(https://www.repubblica.it/cronaca/2021/10/25/news/fondi_pnrr_al_sud_campania_puglia_calabria_e_sicilia_piani_e_spese_possibili_323683913/) „Es besteht die Gefahr, dass Dutzende Milliarden des EU-Konjunkturprogramms an Brüssel zurückgezahlt werden müssen.“ Das Problem ist, dass die Lokalverwaltungen nicht in der Lage sind, mit den EU-Milliarden umzugehen, und sie daher verloren gehen könnten – für den Süden aber auch für Italien insgesamt. Beides sind Horrorszenarien für das Land, das es bis heute nicht geschafft hat, sich ganz von der Euro-Krise 2008 (</themen/euro-krise/>) zu erholen.

Dafür ist es wichtig zu wissen, wie Italien plant, die EU-Milliarden auszugeben: Ein Teil der Gelder wird zentral von Rom verwaltet und direkt investiert, etwa in Infrastruktur. Diese großen Projekte werden von Experten geplant, geleitet und überwacht und gelten als unproblematisch.

Der Rest wird auf Projektbasis an die Regionen und Kommunen vergeben – aber nur, wenn die jeweiligen Anträge formgerecht gestellt wurden. Und dieser letzte Schritt macht den Bürgermeistern und Experten nun große Sorgen.

Zu wenig Personal im Süden

Luca Dal Poggetto, politischer Analyst der italienischen Stiftung Openpolis, erklärt im Gespräch mit WELT: „Die kleinen Kommunen im Süden haben insgesamt viel zu wenig Personal. Und es fehlt ihnen insbesondere an Fachkräften, die in der Lage sind, die nötigen Anträge fachgerecht zu stellen.“

„La Repubblica“ rechnet vor, dass umgehend 5000 Fachkräfte in der Verwaltung angestellt werden müssten und verdeutlicht die Lage am Beispiel von Palermo: In der Stadtverwaltung sind in den vergangenen drei Jahren 20 von 28 Anwälte in den Ruhestand gegangen. Außerdem gibt es nur noch eine fachspezifische Führungskraft und das Auswahlverfahren, um elf weitere anzustellen, wird voraussichtlich vier Jahre dauern – viel zu lange für die EU-Gelder, die bis 2026 ausgegeben sein müssen.

Wozu dieser Personalmangel führt, zeigte sich bereits kürzlich: Die Regierung lehnte alle 31 Projekte zur landwirtschaftlichen Bewässerung ab, die aus Sizilien kamen, weil die Anträge nicht den Qualitätskriterien entsprachen. „Die Gelder gehen dann an andere Kommunen, in denen die Dinge besser funktionieren“, sagt Dal Poggetto. „Diese liegen meist im Norden. So droht sich die Ungleichheit zwischen Nord und Süd durch die EU-Gelder sogar noch zu verstärken.“

Ein weiteres Szenario besorgt ebenfalls: „Sollte die Regierung die Gelder trotz minderwertiger Anträge vergeben, um die Kommunen im Süden nicht zu benachteiligen, könnte es große Probleme bei der Umsetzung geben.“ Und starke Verzögerungen etwa könnten dazu führen, dass Brüssel Teile des Fonds einbehält.

Vor jeder Überweisung einer der Tranchen prüft die EU (</themen/europaeische-union/>), ob Italien die versprochenen Reformen verfolgt und Projekte entsprechend den Vorgaben umsetzt. Geschieht das nicht, können die Überweisungen reduziert oder sogar gestrichen werden.

Der Hilferuf der Bürgermeister ist auch in Rom angekommen, daher versprach Ministerpräsident [Mario Draghi](/themen/mario-draghi/) kürzlich, dass es bei der Umsetzung des nationalen Verwendungsplans „Kooperation zwischen allen Verwaltungsebenen bei Planung und Umsetzung der Projekte“ sowie die Hilfe von „mindestens 1000 Experten“ für lokale und regionale Behörden geben werde. Doch Draghi mahnte die Bürgermeister auch, die Verantwortung nicht von sich zu schieben: „Der Erfolg des Plans liegt ebenso sehr in Ihren Händen, wie er in unseren liegt.“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/235195158>